



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 19.06.2026 bis 26.06.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Bangladesch: Prediger tätlich angegriffen	3
China: Vatertag ist in Yiwu Anlass zur Verkündigung des Evangeliums	4
Deutschland: Nach Eklat-Jüdischer Verein verlangt Schutz für das Tragen religiöser Symbole	5
Europa: Antrag gegen Christenfeindlichkeit eingebracht	6
Indonesien: Muslime protestieren gegen Kirchenbau	7
Islamische Welt: Wie EKKIOS christliche Gruppen vernetzt	9
Kanada: DFB-Präsident stellt sich hinter Nmechas Glaubensbekenntnis	10
Kenia: Bischöfe nach Angriff auf anglikanische Kathedrale	11
Kenia: Wachsende Angst vor muslimischen Terroranschlägen	12
Kirgisistan: fünf Reformadventisten für 2 Monate in Untersuchungshaft	13
Laos: Sie leben jetzt zusammen auf den Feldern	14
Niederlande: Erstmals aktive Sterbehilfe bei unheilbar krankem Kind	15
Niger: Mindestens 35 Tote bei Anschlag auf den Flughafen von Niamey	16
Nigeria: Gemeinsame Erklärung	17
Nigeria: Gilt Scharia-Recht auch für Christen?	18
Nordafrika: Drei nordafrikanische Länder unter der Lupe	19
Pakistan: Muslim tötet christlichen Kollegen	20
Südafrika: Aufruf zum Dialog gegen Fremdenfeindlichkeit	22
Sudan: Behörden warnen vor Abriss eines Kirchengebäudes	23
Sudan: Pfarrer Youhanna Al-Amin ermordet	24
Ukraine: Längste Haftstrafe bisher für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen	25
Ukraine: „Im Krieg haben es alle schwer und das Leben ist gefährlich“	26
Venezuela: Christliche Werke helfen nach den Erdbeben	27
Weltflüchtlingstag: Diakonie und Brot für die Welt fordern besseren Schutz	28
Weltweit: 388 Millionen Christen von Verfolgung und Diskriminierung betroffen	29

# Bangladesch: Prediger tätlich angegriffen

ICC-Nachrichten & Berichte - „Arif Salam“, 55, ist Fahrradmechaniker, Ehemann und Vater. Er ist außerdem ein unabhängiger Prediger, der in seinem überwiegend muslimischen Land Bangladesch offen das Evangelium verkündet.

Am Nachmittag des 5. Juni hörte Salam ein Klopfen an seiner Tür. Eine Gruppe von Männern befragte ihn, warum er das Namaz, die täglichen rituellen Gebete, nicht verrichte. Er erklärte ruhig, dass er ein Nachfolger Jesu Christi sei. Sofort griffen die Männer ihn an.

Salam muss sich nun um Wunden am ganzen Körper, einschließlich seines Kopfes, kümmern. Er und seine Familie kämpfen mit Traumata, Ängsten und Furcht. Als „Christian Solidarity Worldwide“ (CSI) von dem Angriff erfuhr, schloss sich die Organisation mit einem örtlichen Pastor und Freiwilligen zusammen, um Salam und seiner Familie dringende medizinische Versorgung und Unterstützung zukommen zu lassen. Sie setzten sich mit der örtlichen Polizeibehörde in Verbindung, um eine ordnungsgemäße Untersuchung sicherzustellen, und sind nun dabei, rechtliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Der Angriff auf Salam ist einer von mehreren Übergriffen auf Christen, seit die jüngste politische Partei des Landes im Februar an die Macht gekommen ist.

Die Mitte-rechts-gerichtete, Kapitalismus-freundliche Bangladesh Nationalist Party (BNP) ist die erste gewählte Regierung, seit das Land im Jahr 2024 die Regierung von Sheikh Hasina gestürzt hat.

Sie ist der Hauptgegner der Jamaat-e-Islami, einer radikalislamischen Partei, der die Männer angehören, die hinter dem Angriff auf Salam stehen.

Obwohl die Jamaat nicht die führende Partei ist, gewinnt sie ebenso wie mehrere andere islamistische politische Gruppierungen zunehmend an Einfluss.

Ein christliches Projekt zur Förderung der beruflichen Fähigkeiten junger Menschen im Südwesten Bangladeschs geriet unter Druck einer lokalen islamistischen politischen Gruppierung und musste eingestellt werden. Im Norden sieht sich eine Frau, die einen Jüngerschaftskurs für Frauen leitet, mit Gegenreaktionen islamistischer Führer konfrontiert. Islamistische Extremisten haben einen Pastor wegen seiner mutigen Verkündigung des Evangeliums schwer zusammengeschlagen.

Obwohl die BNP behauptet hat, sich für die Stabilität religiöser Minderheiten einsetzen zu wollen, haben sich ihre Bemühungen gegenüber islamistischen politischen Gruppierungen wie der Jamaat als erfolglos erwiesen. Heute ist Bangladesch der 33. gefährlichste Ort der Welt für Christen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# China: Vatertag ist in Yiwu Anlass zur Verkündigung des Evangeliums

China: Yiwu (Fides) – Ein unerwartetes Ereignis erfreut die katholische Gemeinde von Yiwu und bestätigt sie in ihrem Wirken bei der Verkündigung des Evangeliums: Anlässlich des Vatertags dankten an diesem Sonntag, dem 21. Juni, Väter aus aller Welt der Kirchengemeinde für die ihnen entgegengebrachte Freundlichkeit.

Sie stammen aus Kolumbien, Indien, Korea oder verschiedenen afrikanischen Ländern. Es sind katholische Unternehmer, Arbeiter und Händler, die sich zum Arbeiten in China aufhalten. Junge Menschen, die fernab ihrer Familien leben, mit kleinen Kindern oder älteren Vätern, manche sogar über achtzig. Während ihres Aufenthalts in China leisten sie einen wertvollen Beitrag zum Leben und Wachstum der katholischen Gemeinde in der internationalen Handelsstadt Yiwu. Gemeinsam mit den Priestern und Gläubigen der örtlichen Kirche sprachen sie über die Erfahrung einer gemeinsamen Heimat und den gemeinsamen Weg des Glaubens, der Hoffnung und der Nächstenliebe.

In der dem Heiligen Josef geweihten Pfarrei, die am 18. März 2025 von Bischof Joseph Yang Yongqiang von Hangzhou, eingeweiht wurde, feierten ausländische Väter gemeinsam mit anderen berufstätigen Vätern aus verschiedenen chinesischen Provinzen am 17. Juni das traditionelle chinesische Familienfest – das Drachenbootfest. Viele von ihnen bereiteten gemeinsam „Zongzi“ zu, eine typische Süßspeise dieses Festes. Am darauffolgenden Tag nahmen sie gemeinsam an der feierlichen Eucharistiefeier teil und erhielten am Ende der Messe einen Fächer mit dem Bild des Heiligen Josef als Geschenk.

Im besonderen Kontext von Yiwu, das durch die starke Präsenz ausländischer Arbeiter und Unternehmer geprägt ist, bietet die gemeinsame Teilnahme am Gemeindeleben immer wieder die Möglichkeit, eine Gemeinschaft zu erleben, die ethnische und kulturelle Grenzen überwindet.

So bot der Vatertag in der Gemeinde Yiwu unter der Leitung von Pfarrer Chang Zhengguo und dem neuen Pfarrgemeinderat auch die Gelegenheit die Integration verschiedener Kulturen innerhalb der traditionellen chinesischen Kultur zu erleben. Diese harmonische Integration ist dem gemeinsamen Glauben an Christus zu verdanken.

Auch in anderen Teilen Chinas wurde der Vatertag von Taufpaten und Priestern gefeiert, die ihren Dienst mit väterlicher Hingabe ausüben. Bischof Joseph Shen Bin aus Shanghai schrieb auf seinem Social-Media-Account: „Heute ist Vatertag. Das erinnert mich daran, jeden Tag danach zu streben, ein guter Hirte zu sein.“

(NZ) (Fides 22/06/2026)

# Deutschland: Nach Eklat-Jüdischer Verein verlangt Schutz für das Tragen religiöser Symbole

**Der Fall sorgte bundesweit für Aufsehen: Bei einem Prozess wegen Volksverhetzung in Flensburg musste eine Zuschauerin ihre Davidsternkette ablegen. Der Verein Jüdischer Hochschullehrender fordert nun Maßnahmen von der Justiz.**

**IDEA-** Nach dem Eklat am Flensburger Amtsgericht um eine verbotene Davidstern-Kette fordert das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender (NJH) von Behörden einen verstärkten Schutz jüdischer Identität. Wenn öffentliche Einrichtungen jüdischen Menschen signalisierten, ihre religiösen Symbole seien unerwünscht, sende dies ein fatales gesellschaftliches Signal, teilte der Verein am Montag mit. Sichtbares jüdisches Leben dürfe niemals als Störfaktor behandelt werden.

Das Amtsgericht Flensburg hatte am 1. Juni einen Ladenbesitzer zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldbuße verurteilt ([Jesus.de berichtete](#)). Er hatte im September 2025 ein Schild mit der Aufschrift «Juden haben hier Hausverbot» in sein Schaufenster gehängt. Während des Prozesses wurde einer jüdischen Zuschauerin der Zutritt zum Gerichtssaal nur gestattet, nachdem sie ihre Davidsternkette abgelegt hatte.

## Klarstellung und Aufarbeitung

Zuvor hatte eine gerichtliche Verfügung das Vorzeigen von Plakaten, Bannern, bedruckter Bekleidung und ähnlichen Gegenständen untersagt, die die Sicherheit der Verhandlung beeinträchtigen könnten. Das Gericht hatte den Vorfall inzwischen bedauert. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, religiöse Symbole wie einen Davidstern mit der Verfügung zu erfassen.

Neben einer transparenten Aufarbeitung des Falls fordert das NJH eine Klarstellung des Kieler Justizministeriums, dass jüdische Symbole von Zuschauerinnen und Zuschauern nicht unter Verbote politischer Symbole fallen. Justizpersonal müsse entsprechend geschult werden, um solche Vorfälle künftig zu vermeiden. Die Justizministerkonferenz solle entsprechende einheitliche Standards entwickeln.

# Europa: Antrag gegen Christenfeindlichkeit eingebracht

## 29 Abgeordnete fordern gemeinsame Strategie gegen Hasskriminalität an Christen

Straßburg (IDEA) – In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PVER) ist ein fraktionsübergreifender Antrag gegen Hasskriminalität, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen in Europa eingebracht worden. Initiatorin ist die italienische Abgeordnete Deborah Bergamini (Forza Italia). Der Antrag wurde am 23. Juni von 29 Parlamentariern aus der christdemokratischen EVP/CD, der liberalen ALDE und der konservativen Fraktion ECPA unterzeichnet, darunter der deutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Volkmann (Wetzlar/Berlin). Volkmann erklärte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA: „Es ist ein wichtiges Signal, dass sich Abgeordnete aus allen europäischen Parlamenten jetzt mit diesem dringenden Thema im Europarat beschäftigen. Wachsende Christenfeindlichkeit legt die Axt an die kulturellen Grundlagen Europas und an das friedliche Zusammenleben in unseren Gesellschaften.“ Umso mehr brauche es eine klare politische Positionierung für einen starken Rechtsstaat und einen gesellschaftlichen Konsens, „der die Glaubens- und Gewissensfreiheit jedes Einzelnen schützt“, so Volkmann.

## Angriffe auf Christen und Kirchen steigen

Der Antragstext, der IDEA vorliegt, nennt das Christentum eine „Säule europäischer Identität“. Der Schutz christlicher Gemeinschaften und ihrer Symbole sei nicht nur für die universelle Religionsfreiheit wesentlich, sondern auch für die Bewahrung des kulturellen und demokratischen Gefüges Europas. Die Antragsteller äußern ihre Sorge über die wachsende Zahl von Hassdelikten und Akten der Intoleranz gegen Christen in ganz Europa. Diese Feindseligkeiten bedrohten grundlegende Menschenrechte und beträfen sowohl Einzelpersonen als auch Gotteshäuser. Die Parlamentarier verweisen auf einen starken Anstieg der Gewalt: 2024 seien 274 direkte körperliche Angriffe gegen Christen verzeichnet worden (2023: 232). Auch die Zahl der Brandanschläge auf Kirchen sei deutlich gestiegen: Allein im Jahr 2024 habe es 94 Brandanschläge gegeben, was nahezu eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr bedeute. Der Jahresbericht 2025 des Beobachtungszentrums für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa (OIDAC Europe) habe insgesamt 2.211 antichristliche Hassverbrechen dokumentiert. Hinzu komme die Verweisung auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2026, wonach das Christentum die weltweit am stärksten verfolgte Religion sei. Die letzte Resolution der PVER zu diesem Thema datiert laut Antrag aus dem Jahr 2019 (Resolution 2266). Seither habe sich die Lage erheblich verschärft, weshalb dringend institutionelles Handeln erforderlich sei. Die Parlamentarische Versammlung solle die Mitgliedsstaaten in die Lage versetzen, eine gemeinsame Strategie zur Verhinderung von Intoleranz, Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Christen zu entwickeln – einschließlich solcher Taten, die im Internet begangen werden. Zugleich solle das öffentliche Bewusstsein durch die Förderung von Dialog und Toleranz gestärkt werden.

## Antrag erreichte notwendige Schwelle innerhalb eines Tages

Für die Einbringung von Entschließungsanträgen sind in der PVER 20 Parlamentarier aus unterschiedlichen Fraktionen und Ländern erforderlich. Diese Schwelle erreichte der Antrag laut Volkmann in weniger als einem Tag. Er werde nun zu Beratungen an die zuständigen Ausschüsse der PVER in der Sitzung im September überwiesen. Mit einer möglichen Mehrheit im Ausschuss für Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung könne daraus ein umfangreicher Bericht mit Handlungsempfehlungen an die Mitgliedsstaaten entstehen. „Der Antrag ist also der erste Schritt zur Einleitung des parlamentarischen Verfahrens zu diesem Thema in der PVER“, so Volkmann.

# Indonesien: Muslime protestieren gegen Kirchenbau

Nach Angaben von Quellen protestierten Muslime am 11. Juni zum zweiten Mal gegen Pläne für einen Kirchenbau in Zentraljava, Indonesien.

Unter Berufung auf fehlende Baugenehmigungen, die geringe Anzahl von Christen in der Gegend und die Angst vor Missionierung entrollten die Muslime bei einer Kundgebung im Dorf Banyuanyar im Bezirk Banjarsari der Stadt Solo Transparente, auf denen sie die Pläne der Java Christian Church (Gereja Kristen Jawa, GKJ) ablehnten.

Die Demonstranten, die den „Koordinator der muslimischen Gemeinschaft des Dorfes Banyuanyar im Bezirk Banjarsari der Stadt Solo, Zentraljava“ vertraten, drängten sich auf einer schmalen Straße in der dicht besiedelten Nachbarschaft des geplanten Bauplatzes. Neben Transparenten trugen sie eine Taliban-Flagge, während ein Redner über einen Lautsprecher sprach.

Auf zwei Transparenten stand: „Provoziert uns nicht – die Einwohner von Banyuanyar sind bereits friedlich; wir lehnen den Versuch ab, eine Kirche zu bauen. Ablehnen, ablehnen, ablehnen“ sowie „Vorsicht!!! Achtet auf Missionierung in Banyuanyar. Lehnt den Kirchenbau ab.“

Ein Demonstrant, der die Kundgebung anführte, sagte: „Wir lehnen [den Kirchenbau] ab, damit auch die Anwohner wissen: Wenn eine Regel verletzt wird, dann muss dahinter ein böser Plan stecken, ein Plan zur Missionierung, eine missionarische Agenda. Es gibt einen Plan, die hier in der Umgebung lebenden Muslime zu bekehren.“

Die Gruppe reichte zudem Ablehnungsschreiben bezüglich des Kirchenbaus beim Bürgermeister von Solo, beim Ministerium für religiöse Angelegenheiten und beim Leiter des Forums für religiöse Harmonie in Solo ein und traf sich mit dem örtlichen Gemeinderat.

Der Dorfvorsteher von Banyuanyar, der nur unter dem Namen Legiyatno bekannt ist, erklärte laut Kompas.com, die Bewohner hätten demonstriert, weil die Kirche noch nicht über die erforderlichen Unterlagen verfüge.

„Es gibt noch kein GKJ-Kirchengebäude. Es ist nur ein leeres Grundstück. Die Ablehnung war kein kategorisches ‚Nein‘, sondern liegt daran, dass die Genehmigungen unvollständig sind“, erklärte Legiyatno gegenüber Kompas.com. „Kurz gesagt: Sie sagen, sie seien mit dem Bau nicht einverstanden, weil die Genehmigungen nicht vollständig sind. Diese müssen erst vollständig sein und die vorgeschriebenen Verfahren eingehalten werden.“

Der Vorsitzende des Bauausschusses der GKJ Banyuanyar, der nur unter dem Namen Suprpto bekannt ist, sagte, das Genehmigungsverfahren laufe bereits seit 2023, sei jedoch durch bürokratische Verzögerungen und Wahlen aufgehalten worden.

„Der jüngste Schritt bei der Bearbeitung der Unterlagen war die Vorbereitung der Öffentlichkeitsarbeit“, erklärte Suprpto gegenüber Kompas.com. „Zu diesem Zeitpunkt hatten die früheren Dorf- und Bezirksvorsteher jedoch noch nicht unterschrieben. Dieses Hindernis bestand während der Kommunal- und Parlamentswahlen fort, sodass alle Verfahren verschoben wurden.“

Die Demonstranten bemängelten zudem, dass das Kirchenbaugelände in der Nähe einer Moschee liege.

Suprpto erklärte, dies sei in Indonesien üblich, insbesondere auf Java.

„Das ist ganz natürlich; die Nachbarschaften sind vielfältig“, soll er gesagt haben. „Wir respektieren auch die Muslime. Nicht alle Muslime in der Gegend sind dagegen; einige sind dafür.“

Ein in den sozialen Medien kursierendes Video zeigt, dass die meisten Demonstranten Masken trugen.

Pastor Wahyu Purwaningtyas von der GKJ Nusukan, der dem geplanten Standort am nächsten gelegenen GKJ-Kirche, erklärte gegenüber pgi.co.id, dass der Widerstand möglicherweise nicht ausschließlich aus der lokalen Bevölkerung stamme.

„Einige Seiten vermuten die Beteiligung intoleranter Einzelpersonen oder Gruppen von außerhalb Surakartas – mit anderen Worten: externe Kräfte, die mit einer Anti-Kirchen-Agenda anrückten“, sagte er.

Agus Santoso, Leiter der Behörde für nationale Einheit und Politik (Kesbangpol) in Solo, erklärte laut Detik.com, der Protest sei vor allem deshalb ausgebrochen, weil Anwohner eine interne Sitzung des Bauausschusses fälschlicherweise für eine öffentliche Sitzung gehalten und angenommen hätten, der Bau sei bereits im Gange.

„Beide Seiten wurden belehrt“, sagte Agus Santoso gegenüber Detik.com. „Wir haben den Ausschuss der Kirche angewiesen, die Genehmigungen gemäß der gemeinsamen Verordnung des Ministers für religiöse Angelegenheiten und des Innenministers Nr. 8-9/2006 zu erwirken. So müssen sie beispielsweise die Anforderung von 90 regelmäßigen Gottesdienstbesuchern erfüllen und die Zustimmung von 60 Anwohnern einholen, die im Besitz eines Personalausweises sind und in der Gegend wohnen, sowie eine Baugenehmigung einreichen.“

Suprpto sagte, die Liste der Gemeindemitglieder und Unterstützer übersteige bereits die Mindestanforderungen.

„Die Kommunalverwaltung verlangt mindestens 90 Gottesdienstbesucher, und die Zahl der Unterstützer sollte bei etwa 60 liegen“, sagte er. „Nach unserer Zählung beläuft sich die Zahl der Unterstützer auf 89. Die Zahl der Gemeindemitglieder beträgt laut unseren Unterlagen etwa 106.“

Der Bauausschuss arbeitet derzeit daran, die erforderlichen Unterlagen fertigzustellen, während der FKUB von Solo die Parteien dazu aufgefordert hat, die Angelegenheit im Wege von Beratungen zu klären.

Die Bewegung „Indonesien für alle“ (Pergerakan Indonesia untuk Semua, PIS), die sich für Vielfalt, Religionsfreiheit und den Schutz der Rechte von Minderheiten einsetzt, warnte, dass die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen in Indonesien oft nicht ausreiche.

„Oft weigern sich intolerante Gruppen und lokale Beamte selbst dann, Genehmigungen zu erteilen, wenn die Kirche die gesetzlichen Anforderungen erfüllt“, erklärte die Gruppe in einer Pressemitteilung. „Letztendlich können religiöse Minderheiten keine Gotteshäuser errichten.“

Das Netzwerk für interreligiöse Solidarität (Solidaritas Jaringan Antarumat Beragama, SAJAJAR) argumentierte, dass die Ablehnung der Kirche zeige, dass die gemeinsame Verordnung von 2006 einer umfassenden Überprüfung oder sogar Aufhebung bedürfe.

Usama Ahmad Rizal von der Gruppe sagte Berichten zufolge, das Problem sei nicht nur lokaler Natur, sondern spiegele ein tiefer liegendes Problem bei der Regulierung von Gotteshäusern wider.

„Vorschriften, die das Recht der Bürger auf Ausübung ihrer Religion erleichtern sollten, werden oft zu Hindernissen für religiöse Gruppen, die versuchen, ihren Gottesdienstbedürfnissen nachzukommen“, sagte er gegenüber SuaraSurakarta.co.id.

Bei einem Treffen mit Führungskräften der Gemeinschaft der Kirchen in Indonesien (PGI), dem Sonderbeauftragten des Ministers für religiöse Angelegenheiten, Gugun Gumilar, und anderen erklärte Pastor Wahyu Purwaningtyas, dass die GKJ-Gemeinde in Banyuanyar bereits seit den 1990er Jahren aktiv sei. Die Gemeinde habe das Haus eines Mitglieds als Gottesdienstraum genutzt, und dieses Mitglied habe später das Haus und das Grundstück für den Kirchenbau gespendet.

Obwohl die Gottesdienstorte häufig gewechselt haben, ist die Gemeinde gewachsen, was die Kirchenleitung dazu veranlasste, ein eigenes Gebäude anzustreben, erklärte Pastor Wahyu den Anwesenden.

„Das war ein sehr langer Weg“, soll er bei dem Treffen gesagt haben. „Der geplante Standort hat sich dreimal geändert, und bei jedem Umzug musste das Genehmigungsverfahren von Neuem durchlaufen werden.“

Pastor Wahyu fügte hinzu, dass die Herausforderung nicht nur administrativer Natur sei, sondern auch die sozialen Dynamiken innerhalb der Gemeinde betreffe.

Die indonesische Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die sich in der Evangelisation engagieren, laufen laut Open Doors Gefahr, ins Visier islamistischer Extremistengruppen zu geraten.

<https://morningstarnews.org/2026/06/muslims-protest-against-church-construction-in-indonesia/>

# Islamische Welt: Wie EKKIOS christliche Gruppen vernetzt

## Bischof Yassir Eric: Kirchliche Strukturen aufbauen

Schwäbisch Gmünd (IDEA) – Christen mit muslimischem Hintergrund brauchen eine geistliche Heimat und tragfähige kirchliche Strukturen. Das hat der Leiter der Bewegung EKKIOS, der anglikanische Bischof Yassir Eric (Korntal-Münchingen), bei deren Jahresfest am 14. Juni im christlichen Gästezentrum „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd betont. Wie er der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte, kamen rund 500 Besucher zu der Veranstaltung. Der Name EKKIOS leite sich aus dem Griechischen ab, dabei stehe „EKK“ für Ekklesia (Kirche, Gemeinde) und „IOS“ für Kyrios (Herr), so Eric. Um Christen mit muslimischem Hintergrund eine geistliche Heimat zu ermöglichen, baue EKKIOS in diesen Ländern kirchliche Strukturen auf und vernetze christliche Gruppen, Hauskirchen und Kontakte vor Ort miteinander. EKKIOS verstehe sich als nichtgeografische anglikanische Diözese, die Gemeinden gründe und Pastoren ordiniere – unabhängig von geografischen Grenzen. Regionale Schwerpunkte lägen in Nordafrika, auf der Arabischen Halbinsel, in Asien und Westafrika. Manche der Gemeinden dort könnten sichtbar als solche nach außen treten, andere jedoch nur als Hauskirche oder Untergrundgemeinde existieren. Eric zufolge ist die Form flexibel, der Inhalt jedoch nicht. Kirchliche Gemeinschaft sei immer „ein Ort der Zugehörigkeit, der Anbetung, der Jüngerschaft und des gemeinsamen Lebens in Christus“, so Eric. EKKIOS produziere zudem Lehrprogramme, Filme und kreative Erzählformate. Solche Medien seien gerade für Untergrundgemeinden von großer Bedeutung.

## Prof. Werner: Immer mehr Muslime wenden sich dem Christentum zu

Der Theologe und Sprachwissenschaftler Prof. Roland Werner (Marburg) berichtete, dass sich immer mehr Muslime zum christlichen Glauben bekehrten. Dies sei eine neue Dynamik, die sich in den letzten Jahren, in manchen Regionen sogar seit Jahrzehnten verstärkt habe. „Hunderte, Tausende, Zehntausende“ kämen so zum christlichen Glauben. Dies geschehe in Nordafrika, im Iran, in Saudi-Arabien, Syrien, aber auch hier in Deutschland. Drei Faktoren tauchten laut einer Untersuchung, auf die sich Werner bezog, immer wieder in den Bekehrungsgeschichten auf. Dazu zählten übernatürliche Ereignisse, wie eine Begegnung mit Jesus in einem Traum oder einer Vision sowie Heilungen oder Gebetserhörungen. Zudem berichteten Menschen, dass sie Zugang zur Bibel bekämen. Wichtig sei auch die Begegnung mit einem Christen oder einer christlichen Gemeinschaft, in der sie freundliche Aufnahme erführen. Den Abschluss des Jahresfestes habe die Premiere des von EKKIOS produzierten Films „Matchstick“ gebildet. Darin würden Geschichten christlicher Hoffnung inmitten von Krieg und Leid im Nahen Osten erzählt. Das nächste Jahresfest von EKKIOS ist für den 6. Juni 2027 im Gästezentrum „Schönblick“ geplant. EKKIOS hat seinen Hauptsitz in Frankfurt am Main und wurde 2024 gegründet. Die Bewegung beschäftigt rund 20 Mitarbeiter.

# Kanada: DFB-Präsident stellt sich hinter Nmechas Glaubensbekenntnis

## Der Nationalspieler steht für „christliche Werte“

Toronto (IDEA) – Der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Bernd Neuendorf, hat sich hinter Nationalspieler Felix Nmecha und dessen öffentliches Bekenntnis zum christlichen Glauben gestellt. Ein solches Bekenntnis sei „in einer säkularisierten Welt für einige Menschen vielleicht ungewöhnlich“, sagte Neuendorf dem Fernsehsender RTL (Köln). Die Intention halte er dennoch für positiv: „Dass man über den Fußball hinaus für Menschlichkeit und Respekt steht. Das nehme ich ihm 100-prozentig ab. Er ist ein, glaube ich, sehr sensibler Mensch und steht für diese christlichen Werte.“

## Geteiltes Medienecho nach Gebet und Bekenntnis

Nach dem deutschen Auftaktspiel der Fußball-WM am 14. Juni hatten sich Spieler von Deutschland und Curaçao am Mittelkreis zu einem gemeinsamen Gebet versammelt. Neben Nmecha stand auch Verteidiger Jonathan Tah (Bayern München) im Gebetskreis. Nmecha sagte anschließend im ARD-Interview: „Wir sind im Spiel Gegner, nach dem Spiel sind wir alle Christen und Brüder.“ In den Medien stieß das Bekenntnis auf ein geteiltes Echo. Während einige Kommentatoren die Aktion lobten, kritisierten andere das Auftreten als missionarisch. Zur Debatte standen zudem frühere Äußerungen Nmechas, der sich unter anderem mehrfach kritisch zur LGBTQ+-Bewegung geäußert hatte. Daraufhin waren Homophobie-Vorwürfe laut geworden. Man habe die Debatte damals intern verfolgt und Nmechas Sichtweise angehört, sagte Neuendorf. Der Spieler habe sich von den Vorwürfen „klar distanziert“.

## Erneute Gebete

Zu erneuten Gebeten kam es nach dem 2:1-Sieg der deutschen Elf gegen die Elfenbeinküste am 20. Juni in Toronto. Nmecha und Tah beteten auf dem Spielfeld. Die Szene wurde gefilmt und unter anderem auf dem Instagram-Kanal des christlichen Netzwerks „Fussball mit Vision“ verbreitet. Tah hatte zuvor im Gespräch mit dem Sender „MagentaTV“ geäußert, solche Aktionen fortführen zu wollen. Es gehe um „Liebe, Nächstenliebe, Frieden, Dankbarkeit. Das sind die Werte, die wir nach außen vermitteln wollen“, sagte der Nationalspieler. Auch im anderen Spiel der deutschen Gruppe kam es zum Gebet auf dem Feld: Nach dem 0:0 zwischen Ecuador und Curaçao bildeten Spieler beider Mannschaften einen Gebetskreis auf dem Platz. Die Fußball-Weltmeisterschaft 2026 findet noch bis zum 19. Juli in den USA, Kanada und Mexiko statt.

# Kenia: Bischöfe nach Angriff auf anglikanische Kathedrale

„Ist dies im Interesse der politischen Elite?“

Nairobi (Fides) – „Angesichts der Ereignisse in der ‚All Saints Cathedral‘ in Nairobi, wo eine Versammlung von Schlägern gestört wurde, die mit ungeheurer Arroganz sogar die anwesenden Polizisten bedrohten, befinden wir uns in großer Gefahr!“, bekräftigten die Bischöfe Kenias in einem Hirtenbrief mit dem Titel „Mögen sie Leben haben und es in Fülle haben“, der an diesem Dienstag (23. Juni) vom Vorsitzenden der kenianischen Bischofskonferenz, Erzbischof Maurice Muhatia Makumba von Kisumu, im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt wurde.

Bei dem Vorfall handelt es sich um den Angriff unbekannter junger Männer auf Motorrädern auf die „All Saints Cathedral“ der Anglikanischen Kirche Kenias in Nairobi am 12. Juni während einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion des Staatshaushalts. Nachdem die Angreifer die Sicherheitskräfte überwältigt hatten, drangen sie gewaltsam in die Kirche ein; einige hatten Masken getragen, um ihre Identität zu verbergen. Die Schläger warfen Tränengas in das Gebäude und gaben Schüsse ab, wodurch die Anwesenden auseinandergetrieben wurden. Anschließend zerschlugen sie die Fenster der Kirche und beschädigten in der Nähe geparkte Fahrzeuge.

Die Polizei schritt schließlich ein und gab Warnschüsse ab.

„Wir haben vor einigen Monaten einen ähnlichen Vorfall in einer Kirche während eines Gottesdienstes erlebt und verurteilen daher erneut solche Gewalttaten in einem Gotteshaus. Sie stellen eine eklatante Schändung eines heiligen Gotteshauses und eine schwere Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Informationsfreiheit dar“, erklären die katholischen Bischöfe.

Der Angriff vom 12. Juni wurde auch vom „National Council of Churches of Kenya“ (NCCCK), dem größten Dachverband protestantischer Kirchen und christlicher Organisationen in Kenia, verurteilt. In einer in den sozialen Medien veröffentlichten Erklärung bezeichnete der Rat den Vorfall als „eine eklatante und verwerfliche Respektlosigkeit gegenüber einem Gotteshaus“. Obwohl die Verantwortlichen nicht namentlich genannt wurden, bezeichnete der NCCCK den Angriff als „staatlich gefördert“ und von einem Regierungsbeamten angeordnet.

Die katholischen Bischöfe weisen zudem darauf hin, dass solche Gewalt politisch motiviert sein könnte. „Wir befürchten, dass die öffentliche Sorge wächst, dass Rowdytum offizielle Unterstützung erhält. Kann die Regierung diesen Verdacht in den Köpfen der Bürger ausräumen? Besteht der politische Wille, die Bedrohung durch Rowdytum anzugehen, oder liegt dies nicht im Interesse der politischen Elite?“, fragen die Bischöfe.

Der „Inter-Religious Council of Kenya“ kommentierte den Anschlag mit den Worten: „Keine Drohung oder Gewalttat wird die Kenianer davon abhalten, ihre Rechte wahrzunehmen.“ Der Rat fügte hinzu: „Wir fordern die Strafverfolgungsbehörden auf, friedliche Kundgebungen zu schützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Auch der „Supreme Council of Kenya Muslims“ verurteilte den Anschlag. In einer Erklärung bezeichnete der Rat den Angriff auf die anglikanische Kirche als „inakzeptable Manifestation politischer Intoleranz“ und forderte ein sofortiges Vorgehen gegen die Verantwortlichen.

(L.M.) (Fides 24/6/2026)

# Kenia: Wachsende Angst vor muslimischen Terroranschlägen

ICC Nachrichten & Berichte - Jeden Tag macht sich Mumangi Muthiani in seinem Dorf in Kenia auf die Suche nach Gelegenheitsjobs, um seine Familie zu versorgen. Vor kurzem hätte er dabei beinahe sein Leben verloren.

„An diesem Tag“, erinnert sich Muthiani, „waren wir auf dem Rückweg, nachdem der Zaunbau verschoben worden war, als plötzlich Männer aus dem Gebüsch kamen und uns angriffen.“ Muthiani berichtete, der Angriff habe sich gegen 9 Uhr morgens ereignet, als er und andere Arbeiter einen von Gestrüpp gesäumten Weg entlanggingen und plötzlich eine Gruppe somalischer muslimischer Männer auftauchte und sie überfiel.

„Sie schlugen mir ins Gesicht, und ich fiel zu Boden“, fügte er hinzu. „Sie schlugen und traten weiter auf mich ein, bis ich mich nicht mehr bewegen konnte. Ich hatte eine tiefe Schnittwunde im Gesicht, ein gebrochenes Bein und starke Rückenschmerzen.“ Muthiani wurde später gerettet und zur Erstversorgung in die nächstgelegene Krankenstation gebracht, von dort aus wurde er zur weiteren Behandlung überwiesen. Bald tauchte eine neue Quelle des Traumas auf.

„Ich war bewusstlos, und von mir wurde ein Foto gemacht und verbreitet“, sagte er. „Die Leute dachten, ich wäre gestorben. Sogar meine Familie wurde getröstet. Die Leute kamen zu ihnen, um ihr Beileid auszusprechen, weil sie glaubten, ich sei tot. Man trauerte bereits um mich, während ich noch am Leben war.“ Es gab bereits zuvor Sicherheits- und Konfliktberichte aus der Region, in der es gelegentlich zu Angriffen durch die al-Shabab-Militanten und somalische Hirten gekommen ist.

„Die Opfer werden oft aufgrund ihrer Religion ins Visier genommen und ausgesondert, bevor sie angegriffen werden“, sagte Muthiani. „Von Zeit zu Zeit wurden in der Region Christen gezielt herausgegriffen und damit bedroht, zu konvertieren oder getötet zu werden.“

„Somali-muslimische Gruppen sind in christliche Gehöfte und Bauernhöfe eingedrungen, haben Menschen angegriffen und Eigentum zerstört. Viele Familien leben in Angst, weil sie nicht wissen, wann der nächste Angriff kommen könnte.“ Vor diesem Hintergrund spiegeln seine Erlebnisse in seinem Dorf die wachsende Angst wieder, die die christlichen Bewohner in ihrem Alltag begleitet. „Aber Gott war mir treu“, sagte Muthiani. „Viele Menschen dachten, mein Leben sei vorbei, aber er hat mich bewahrt. Er gab mir eine neue Chance, als alles verloren schien.“

Dieses Überleben ist seitdem zur Grundlage seiner Genesung geworden, unterstützt durch Existenzhilfe von International Christian Concern (ICC), die Muthiani nach eigenen Angaben einen Weg in die Zukunft eröffnet hat.

„ICC ist für mich zu einem Segen geworden“, sagte er. „Sie haben mir fünf Kühe und elf Ziegen gekauft. Diese Tiere werden mir Milch für den Eigenbedarf liefern, und wenn sie sich vermehren, werde ich einen Teil der Milch verkaufen und das Geld zur Unterstützung meiner Familie nutzen können. Was mir widerfahren ist, hat meine Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, aber dies hat mir einen Weg eröffnet, neu anzufangen.“

Obwohl er sich noch in der Genesungsphase befindet und sich zeitweise schwach fühlt, sagte Muthiani, seine Einstellung habe sich von Angst hin zum Wiederaufbau gewandelt. „Es geht mir besser“, sagte er. „Aber ich danke Gott, denn er hat mir das Leben zurückgegeben. Ich möchte nicht weiter darüber nachdenken, was passiert ist. Mein Fokus liegt jetzt auf meiner Genesung, dem Wiederaufbau meines Lebens und der Versorgung meiner Familie.“

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Kirgisistan: fünf Reformadventisten für 2 Monate in Untersuchungshaft

AKREF-A 22.06.26: Am 17. Juni ordnete ein Gericht in Bischkek an, fünf Mitglieder der nunmehr verbotenen Wahren und Freien Reformadventisten für zwei Monate in Untersuchungshaft zu halten. Die Anklage gegen die drei Männer und zwei Frauen lautet „Herstellung und Verbreitung extremistischer Materialien“. Im Falle einer Verurteilung drohen den Angeklagten Haftstrafen zwischen fünf und sieben Jahren. Ein Kommentator aus Bischkek warnt, dass dadurch ein besorgniserregender Präzedenzfall geschaffen werden könnte. Ein Ermittlungsbeamter der Polizei kündigte an, dass Untersuchungen gegen weitere Mitglieder der Kirche eingeleitet würden. „Das ist eine reale Bedrohung für mindestens 20 andere“, erklärte ein Mitglied der Kirche.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 19. Juni 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

# Laos: Sie leben jetzt zusammen auf den Feldern

(HMK Schweiz) : Seit Januar wurden mindestens 13 christliche Familien aus ihren Dörfern vertrieben. Sie leben jetzt zusammen auf den Feldern, die sie immer noch besitzen. Das ist aber keine langfristige Lösung. Sie müssen ein neues Dorf bauen können. Unser Partner hilft den vertriebenen Familien, eine Lösung für die Zukunft zu finden.

# Niederlande: Erstmals aktive Sterbehilfe bei unheilbar krankem Kind

Seit 2024 ist sie auch für Ein- bis Zwölfjährige erlaubt

Den Haag (IDEA) – In den Niederlanden hat ein Arzt erstmals das Leben eines schwer kranken Kindes aktiv beendet. Das teilte die niederländische Gesundheitsministerin Sophie Hermans (Volkspartei für Freiheit und Demokratie/VVD) in einem Schreiben an das Parlament mit, wie das öffentlich-rechtliche Portal NOS (Niederländische Rundfunkstiftung) berichtete. Die entsprechende Meldung sei Ende vergangenen Jahres bei der eigens eingerichteten Beurteilungskommission eingegangen. Seit 2024 besteht in den Niederlanden die Möglichkeit, in Absprache mit den Eltern das Leben von Kindern zwischen einem und zwölf Jahren aktiv zu beenden, wenn diese unerträglich und aussichtslos leiden. Zuvor war das nur bei Kindern unter einem Jahr und ab zwölf Jahren möglich. Die Regelung ist für Kinder vorgesehen, bei denen erwartet wird, dass sie in absehbarer Zeit sterben werden, und bei denen es nicht möglich ist, ihr Leiden ausreichend zu lindern. Betroffen waren bisher häufig Kinder mit angeborenen Fehlbildungen an Gehirn, Lunge oder Herz oder mit Stoffwechselerkrankungen. Die zuständige Beurteilungskommission hat den Fall geprüft und den beteiligten Arzt angehört, so Hermans. Das Gutachten der Kommission sei an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden, die abschließend bewerten muss, ob der Arzt gesetzeskonform gehandelt hat. Das Gutachten soll in Kürze veröffentlicht werden. In ihrem Schreiben nannte Hermans keine weiteren Details zu dem Fall, wie das Alter des Kindes oder das Krankheitsbild.

## Eine umstrittene Regelung

Als die Regelung vor zwei Jahren in Kraft trat, ging man davon aus, dass es um nicht mehr als fünf Fälle pro Jahr gehen würde. Zuvor konnten Ärzte in vergleichbaren Situationen lediglich eine palliative Sedierung verabreichen oder entscheiden, den Kindern keine Nahrung und Flüssigkeit mehr zuzuführen und sie so sterben zu lassen – ein Prozess, der mitunter Wochen dauern kann. Die Regelung war politisch umstritten, da es sich um nicht einwilligungsfähige Kinder handelt. Zum Hintergrund: Die Niederlande gehören zu den Ländern mit den liberalsten Sterbehilferegulungen. Allein im Jahr 2025 starben über 10.300 Menschen auf diese Weise, was etwa sechs Prozent der Todesfälle entspricht. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei der Tod des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Dries van Agt (Christdemokratischer Appell/CDA), der im Februar 2024 gemeinsam mit seiner Ehefrau Eugenie im Alter von 93 Jahren aus dem Leben schied.

## In der Bundesrepublik steht eine Regelung noch aus

In Deutschland war die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe im Jahr 2015 [verboten](#) worden. Das Bundesverfassungsgericht [hob](#) das Verbot im Februar 2020 jedoch wieder auf. Es gebe ein umfassendes Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Damit sei die Freiheit eingeschlossen, die Hilfe Dritter in Anspruch zu nehmen. Der Bundestag [debattierte](#) am 6. Juli 2023 über eine Neuregelung des Gesetzes zur Regelung der assistierten Selbsttötung. Die Abgeordneten konnten sich aber nicht einigen.

# Niger: Mindestens 35 Tote bei Anschlag auf den Flughafen von Niamey

Niamey (Fides) – Zahlreich Menschen fielen einem islamistischen Anschlag an diesem Donnerstag (18. Juni) auf den internationalen Flughafen „Diori Hamani“ in Niamey, der Hauptstadt Nigers, zum Opfer.

Laut einer Erklärung des nigrischen Verteidigungsministeriums kamen bei dem Angriff elf Soldaten und zwei Zivilisten ums Leben, während 22 Angreifer „neutralisiert“ und etwa 20 Verdächtige festgenommen wurden.

Die Erklärung besagt weiter, dass die Sicherheit am Flughafen wiederhergestellt und der Flugverkehr wieder aufgenommen wurde.

Der Übergriff begann in den frühen Morgenstunden mit Schüssen und Explosionen in der Nähe des Haupteingangs des Flughafens. Die ersten Schüsse fielen gegen 6:00 Uhr Ortszeit, und die Gefechte dauerten mehrere Stunden an, bis sich die Lage gegen Mittag beruhigte. Die Angreifer versuchten, in den Flughafenbereich einzudringen und lieferten sich Gefechte mit den Sicherheitskräften.

Mehrere Zeugen berichteten, dass einige Angreifer Sprengstoffgürtel trugen und sich mit leichten Fahrzeugen dem Sicherheitsbereich näherten; andere gaben an, dass die Angreifer mit Taxis gekommen seien.

Der internationale Flughafen „Diori Hamani“ war bereits zwischen dem 28. und 29. Januar dieses Jahres Ziel eines Anschlags. Zu diesem Anschlag bekannte sich später der so genannte Islamische Staat.

(L.M.) (Fides 19/6/2026)

# Nigeria: Gemeinsame Erklärung

## Bischöfe äußern sich besorgt nach über einem Monat Gefangenschaft für 39 Schüler und 7 Lehrer

Abuja (Agenzia Fides) – Seit dem 15. Mai befinden sich 39 Schüler und 7 Lehrer in der Gewalt von Banditen, die Schulen in der Region Ahoro-Esinle im Distrikt Oriire nahe Ogbomoso im Bundesstaat Oyo im Südwesten Nigerias angegriffen haben (vgl. Fides 20/05/2026).

An die Notlage dieser Menschen, die laut lokalen Zeitungen unter schwierigen Bedingungen im Old Oyo Nationalpark festgehalten werden, erinnern die Bischöfe der Kirchenprovinz Ibadan (zu der das Erzbistum Ibadan und die Diözesen Ekiti, Ilorin, Ondo und Oyo gehören) in einer gemeinsamen Erklärung. Darin brachten sie ihre tiefe Besorgnis über die Lage der Opfer nach mehr als einem Monat Gefangenschaft zum Ausdruck.

„Diese Kinder, die kaum begreifen, was ihnen widerfahren ist, leben seit über einem Monat unter extremen Bedingungen – ohne Dach über dem Kopf, ohne ausreichende Nahrung und den Elementen im Wald schutzlos ausgeliefert“, so die Bischöfe, die ihre sofortige und bedingungslose Freilassung fordern.

Bei der Massenentführung töteten Banditen drei Menschen: einen Lehrer, einen Motorradfahrer und einen weiteren Lehrer, der später im Wald enthauptet wurde. Diese Taten, so die Bischöfe, „verletzen die Ruhe und Unschuld der Menschen im Südwesten Nigerias, die für ihre Leidenschaft für Bildung bekannt sind.“

„Das hat in Nigeria, und insbesondere unter den Yoruba, absolut keinen Platz“, betonen sie. Die Bischöfe fordern die staatlichen Behörden auf, den schutzlosen Bevölkerungsgruppen mehr Sicherheit zu gewähren, und äußern gleichzeitig Zweifel an der Politik der Wiedereingliederung sogenannter „reumütiger Banditen“.

Laut den Bischöfen schwächt ein solches Vorgehen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz und sendet ein falsches Signal an gesetzestreue Bürger.

„Die fortgesetzte Wiedereingliederung sogenannter reumütiger Krimineller in Polizei und Gesellschaft, während die Opfer von Verbrechen und ihre Familien vernachlässigt oder verachtet werden, beschädigt das Ansehen der Justiz“, erklären sie.

Unterdessen haben Gewerkschaften, lokale Gemeinschaften und Bürger in Ibadan Proteste organisiert, um konkrete Maßnahmen zu fordern.

Laut lokalen Presseberichten haben die Entführer ihre Forderungen geändert und verlangen nun entweder Lösegeld oder die Freilassung einiger ihrer Komplizen.

Massenentführungen von Schülern sind in Nigeria nichts Neues; sie begannen mit der Entführung der -Schülerinnen in Chibok im April 2014. Ein Hoffnungsschimmer war das Urteil des Bundesgerichtshofs in Abuja vom 11. Juni, das fünf Männer wegen der Entführung von 230 Schülern der katholischen Grund- und Sekundarschule „St. Mary’s“ in Papi zu jeweils 25 Jahren Haft verurteilte (vgl. Fides 24/11/2025).

(L.M.) (Fides 25/6/2026)

# Nigeria: Gilt Scharia-Recht auch für Christen?

„Tabitha“ war gerade 15 Jahre alt, als sie von ihrer Familie getrennt wurde.

Ein muslimischer Mann wollte sie heiraten, und er akzeptierte kein „Nein“, so arrangierte er, dass das christliche Mädchen entführt wurde und ihren Glauben offiziell zum Islam zu ändern.

Dieses verabscheuungswürdige Verbrechen wurde durch das „Hisbah Corps“ – die religiöse Polizei in den zwölf nördlichen Staaten Nigerias, die Sharia (islamisches Gesetz) praktizieren – durchgeführt, die sowohl die Entführung ausführten als auch Tabitha festhielten, während der Vorbereitungen für die erzwungene Hochzeit.

Das Sharia-Gesetz sollte nur bei der muslimischen Bevölkerung Anwendung finden, aber in der Praxis finden Christen sich selbst in Sharia-Gerichten wieder, oft unter Zwang durch die Sharia-Polizei.

Sogar in den säkularen Gerichten haben es die Christen in Nigerias nördlichen Staaten schwer, die mehrheitlich muslimisch sind, durch Armut und Diskriminierung Gerechtigkeit zu finden.

Entführungen, Zwangsehen und erzwungene Konversionen zum Islam sind nur einige der Ungerechtigkeiten, denen sich Christen ausgesetzt sehen. Bauern sind in Gefahr von ihren Höfen mit Gewalt vertrieben zu werden. Kirchengebäude sind in Gefahr enteignet zu werden. Unsere Geschwister haben stets die Gefahr von falschen „Blasphemie“ Anschuldigungen vor Augen.

Durch den Propheten Micha sagt uns der Herr, „Er hat dir kundgetan, o Mensch, was gut ist; und was fordert der Herr von dir, als Recht zu üben und Güte zu lieben und demütig zu wandeln mit deinem Gott?“ (6:8, ELB)

Barnabas Aids Projektpartner ist ein nigerianischer Dienst von Rechtsanwälten und Jurastudenten. Diese haben einen Plan entwickelt für legale Vertretung und Schutz, der auf diesen drei Schlüsselpunkten beruht:

- Rechtliche Begleitung und Vertretung für christliche Opfer von Gewalt, Entführung, Vergewaltigung, Zwangsehe und erzwungene Konversion zum Islam.
- Rechtliche Vertretung für Gläubige, die fälschlicherweise verfolgt werden.
- Notfallevakuierung und Verweisung an sichere Unterkünfte (safe houses) für die, die ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheit erfahren.

Dieses Programm soll Einfluss haben weit hinaus über die, die in den Fällen beteiligt sind.

Erfolg in diesen Fällen machen diese zu einem Musterfall, der andere beschützt. Beweise von Ungerechtigkeit und Korruption sind ein sehr mächtiges Werkzeug, um ungerechte Gesetze anzufechten.

Dank dieser Arbeit ist Tabitha wieder sicher mit ihrer Familie vereint. Aber viele andere sind in verzweifelter Not.

<https://www.barnabasaids.org/de/latest-needs/unterstutzen-sie-christliche-anwalte-die-sich-in-nigeria-fur-gerechtigke/>

# Nordafrika: Drei nordafrikanische Länder unter der Lupe

Während die Kirche in Algerien unter zunehmender Unterdrückung durch die Regierung leidet, zeigt die Kirche in ihrem westlichen Nachbarland Marokko Anzeichen eines langsamen, aber stetigen Wachstums. In beiden Ländern stellen Christen nur eine winzige Minderheit dar und benötigen viel Mut und Weisheit, um ihren Glauben zu bewahren. Dasselbe gilt für Tunesien, das östlich von Algerien liegt, wo Gläubige jeden Tag Gottes Kraft und Führung brauchen. Jedes der drei Länder ist fast ausschließlich muslimisch.

Barnabas Aid/ WORLDNEWS 331 Bridgeway Publications vom 15 June 2026

# Pakistan: Muslim tötet christlichen Kollegen

Ein Muslim in Pakistan tötete am Montag (22. Juni) einen christlichen Kollegen, nachdem er ihm gesagt hatte, er dürfe kein Wasser aus einem Wasserspender trinken, der von anderen Arbeitern genutzt werde.

Der örtliche Pastor und Menschenrechtsaktivist Saleem Ghouri sagte, Siddique Masih sei ein katholischer Vater von vier Kindern gewesen. Er war 40 Jahre alt.

Masih arbeitete als Tagelöhner beim Verladen von Ziegeln zusammen mit seinem älteren Bruder Rafique Masih in verschiedenen Ziegelöfen im Tehsil Pattoki des Distrikts Kasur in der Provinz Punjab. Die Brüder seien zum Ziegelofen „Ayyan“ im Dorf Gohar Chak Nr. 8 gefahren, um Ziegel auf einen Lkw zu verladen, sagte Ghouri.

„Augenzeugen zufolge kam es zwischen Siddique und einem muslimischen Arbeiter namens Ahmad Varyam zu einem kurzen Streit über eine lohnbezogene Angelegenheit“, berichtete Ghouri gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Der Streit schien beigelegt zu sein, nachdem andere Arbeiter eingegriffen hatten, und beide Männer kehrten an ihre Arbeit zurück.“

Ein paar Stunden später ging Siddique zu einem Wasserspender, der für die Arbeiter in der Ziegelei aufgestellt war.

„Zeugen sagten aus, Ahmad habe Siddique zur Rede gestellt und Einwände dagegen erhoben, dass dieser aus demselben Wasserspender trank, weil er Christ sei“, sagte Ghouri. „Siddique reagierte darauf, indem er Ahmads Verhalten mit dem von Yazid verglich, dessen Truppen dem Enkel des islamischen Propheten Mohammed, Imam Hussain, und seiner Familie vor dem Massaker von Karbala das Wasser verwehrten. Zeugen zufolge zog Ahmad daraufhin ein Messer, packte Siddique von hinten und schnitt ihm die Kehle durch. Er starb noch am Tatort.“

Die Polizei nahm den mutmaßlichen Täter zusammen mit drei weiteren Personen fest, sagte Ghouri.

Er fügte hinzu, dass der Mord Siddiques Familie, die vollständig von seinem Einkommen abhängig war, zutiefst erschüttert habe.

„Siddique war der einzige Ernährer seiner Frau und seiner vier minderjährigen Kinder“, sagte er. „Einer seiner Söhne leidet an Thalassämie und benötigt alle zwei bis drei Wochen regelmäßige Bluttransfusionen. Die Familie lebt in einer Mietwohnung und hatte ohnehin schon finanzielle Schwierigkeiten. Sein Tod hat sie vor eine ungewisse Zukunft gestellt. Wir beten dafür, dass sie Kraft finden und dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird.“

Der Bruder des Opfers, Rafique Masih, sagte, er habe gerade Ziegel verladen, als sich der Angriff ereignete.

„Mein Bruder war weggegangen, um Wasser zu trinken, während ich weiterarbeitete“, berichtete er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Ein paar Minuten später hörte ich Geschrei, und jemand sagte mir, dass Ahmad ihn mit einem Messer angegriffen habe. Als ich am Ort des Geschehens ankam, hatten andere Arbeiter den Angreifer überwältigt, und mein Bruder lag auf dem Boden, Blut spritzte aus seiner Kehle. Ich stand unter totalem Schock.“

Rafique Masih sagte, er könne die Brutalität des Angriffs nicht begreifen.

„Selbst wenn es eine Meinungsverschiedenheit gegeben hätte, könnte nichts solche Gewalt rechtfertigen“, sagte er. „Mein Bruder war ein gläubiger Christ, ein liebevoller Vater und ein fleißiger Mann, dessen einziges Anliegen es war, für seine Familie zu sorgen und die medizinische Versorgung seines kranken Sohnes sicherzustellen. Wir setzen unser Vertrauen auf Gott und beten für Gerechtigkeit.“

Menschenrechtsaktivisten sagen, der Mord verdeutliche die Verletzlichkeit vieler religiöser Minderheiten im ländlichen Pakistan, wo Christen oft in schlecht bezahlten Bereichen der körperlichen Arbeit konzentriert sind und sozialer Diskriminierung ausgesetzt sind.

Suneel Kaleem, ein Vertreter der Organisation für Rechtshilfe (OLA), sagte, der Angriff spiegele ein allgemeineres Muster von Gewalt gegen Minderheitengemeinschaften in dem mehrheitlich muslimischen Land wider.

„Die Brutalität dieses Mordes ist zutiefst beunruhigend und unterstreicht die Unsicherheit, der viele religiöse Minderheiten nach wie vor ausgesetzt sind“, erklärte Kaleem gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die Behörden müssen eine gründliche Untersuchung gewährleisten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Gleichzeitig sind größere Anstrengungen erforderlich, um Toleranz zu fördern, religiöse Vorurteile abzubauen und eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu unterstützen.“

Mehrere Fälle aus jüngster Zeit haben ähnliche Bedenken hinsichtlich der Gewalt gegen Christen in Pakistan aufkommen lassen.

Im März wurde der 21-jährige christliche Landarbeiter Dilshad Masih im Bezirk Sargodha in Punjab angeblich von muslimischen Arbeitgebern zu Tode gefoltert, woraufhin sein Tod als Selbstmord inszeniert wurde. Im Mai 2025 wurde der christliche Arbeiter Kashif Masih angeblich von einer Gruppe muslimischer Männer, darunter ein ehemaliger Polizeibeamter, aufgrund einer unbewiesenen Diebstahlsanklage gefoltert und getötet.

In einem weiteren Fall im März 2025 überlebte der christliche Fabrikarbeiter Waqas Masih einen Angriff, bei dem ihm ein muslimischer Kollege die Kehle aufschlitzte, nachdem dieser ihn der Blasphemie bezichtigt hatte. Der Angreifer behauptete Berichten zufolge, Masih habe ein islamisches Lehrbuch mit „unreinen Händen“ berührt – eine Anschuldigung, die laut Menschenrechtsaktivisten den Missbrauch religiöser Empfindlichkeiten zur Rechtfertigung von Gewalt widerspiegelte.

Im Februar 2025 wurde der christliche Arbeiter Wasif George angeblich von muslimischen Landbesitzern entführt, öffentlich gedemütigt und auf einem Esel vorgeführt, nachdem er des Holzdiebstahls beschuldigt worden war. Bilder und Videos des Vorfalls verbreiteten sich weitreichend in den sozialen Medien und lösten öffentliche Empörung aus.

Am 6. Juni 2024 starb der 18-jährige katholische Arbeiter Waqas Salamat, nachdem er angeblich von seinem Arbeitgeber und anderen gefoltert worden war, weil er seinen Arbeitsplatz ohne Erlaubnis verlassen hatte. Familienangehörige gaben an, er sei langanhaltenden Elektroschocks ausgesetzt worden, die zu tödlichen Verletzungen führten.

Internationale Menschenrechtsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der weltweit schwierigsten Länder für Christen ein. Das Land belegte den achten Platz auf der von Open Doors veröffentlichten „World Watch List 2026“, in der systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldknechtschaft und geschlechtsspezifische Übergriffe angeführt wurden. Der Bericht stellte fest, dass die Täter aufgrund schwacher Strafverfolgung und gesellschaftlichen Drucks häufig straffrei bleiben.

<https://morningstarnews.org/2026/06/muslim-in-pakistan-kills-christian-co-worker/>

# Südafrika: Aufruf zum Dialog gegen Fremdenfeindlichkeit

Kapstadt (Agenzia Fides) – „Ich hoffe, dass unsere Kirchen auf allen Ebenen einen offenen Dialog fördern und unterstützen werden, der Einheimische, ausländische Staatsbürger und ihre Organisationen, Unternehmer und ihre Verbände sowie die Behörden zusammenbringt“, so Erzbischof Sithembele Anton Sipuka von Kapstadt und Präsident des Südafrikanischen Kirchenrats (South African Council of Churches, SACC), der angesichts der Welle der Fremdenfeindlichkeit, die seit Wochen ausländische Gemeinschaften in Südafrika trifft, zum Dialog aufruft.

Gewalt und Einschüchterung machen nach Angaben des SACC, das ökumenische Gremium der wichtigsten christlichen Konfessionen Südafrikas, auch nicht vor Kirchen halt, die von Ausländern geleitet werden und im Land aktiv sind. Laut dem Kirchenrat kam es zu verbalen Beleidigungen, einschüchternden Graffiti an Kirchenwänden und in Einzelfällen zu Drohungen mit körperlicher Gewalt gegen Ausländer, die Kirchengemeinden angehören, welche Spenden aus dem Ausland erhalten.

Die SACC nennt zwar keine konkreten Vorfälle, betont aber, dass diese Verhaltensweisen an frühere Situationen erinnern, in denen mit dem Ausland verbundene NGOs ähnliche Reaktionen erfahren haben. Die Organisation bekräftigt zudem, dass alle Religionsgemeinschaften, unabhängig von ihren Finanzierungsquellen, Anspruch auf denselben gesetzlichen Schutz haben. In seinem Aufruf zum Dialog betont Erzbischof Sipuka, dass dieser auf dem Zuhören „der berechtigten Anliegen der Gemeinschaften beruhen muss. Es gilt, die Verantwortlichen für Fehlverhalten – unabhängig von ihrer Nationalität – sowie Geschäftsinhaber, die ausländische Staatsangehörige zu Niedriglöhnen beschäftigen und sich so fairen Löhnen und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen entziehen, zur Rechenschaft zu ziehen“.

„Die Kirche ist überzeugt, dass berechtigte Anliegen Gehör verdienen, aber dass kein Anliegen Gewalt, Einschüchterung, die Bildung von Bürgerwehren oder die Verfolgung unschuldiger Menschen aufgrund ihrer Nationalität rechtfertigen kann“, fügte der Erzbischof hinzu.

Bischof Sipuka lud auch die Partnerkirchenräte der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) zum Dialog ein, „in Anerkennung dessen, dass Migration eine regionale Herausforderung darstellt, die regionale Solidarität, Zusammenarbeit und Verständnis erfordert“.

Bongani Mkwanzani, Sprecher des „African Diaspora Forum“ (ADF), erklärte unterdessen: „Das ADF lehnt fremdenfeindliche Ultimativen und jeden Versuch ab, Menschen allein aufgrund ihrer Herkunft zu diskriminieren.“ Gleichzeitig räumte er jedoch ein: „Wir dürfen aber auch die wachsende Besorgnis der Öffentlichkeit über die Zunahme selbsternannter Propheten, Untergrundkirchen und religiöser Organisationen, die scheinbar mehr daran interessiert sind, von schutzbedürftigen Menschen zu profitieren, nicht ignorieren.“

„Jeder, unabhängig von seiner Nationalität, der unschuldige Menschen ausbeutet und täuscht, muss vor dem Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden“, schloss Mkwanzani.

(L.M.) (Fides 23/6/2026)

# Sudan: Behörden warnen vor Abriss eines Kirchengebäudes

Behörden im Sudan haben die Verantwortlichen einer Kirche in Khartum gewarnt, dass ihr Kirchengebäude jederzeit abgerissen werden könnte, wie aus informierten Kreisen verlautete. Der Planungsleiter des Bezirks Jebel Aulia kam am 7. Juni in Begleitung eines Ingenieurs der Grundstücksbehörde zum Gelände der Sudan Presbyterian Evangelical Church im Stadtteil Mayo Angola im Süden von Khartum – der zum Bezirk Jebel Aulia gehört, obwohl die Stadt Jebel Aulia 25 Meilen südlich liegt – und teilte den Verantwortlichen mit, dass ihr Gebäude jederzeit abgerissen werden könnte.

Der Beamte der Katasterbehörde sprach eine deutliche Warnung aus, ohne jedoch ein Datum für den Abriss zu nennen; er sagte lediglich: „Seid bereit“. Die Kirchenleitung befürchtet, dass die Regierung keine Entschädigung für den Abriss leisten wird.

Die Behörden behaupteten ohne Beweise, das Kirchengebäude sei auf einer Straße errichtet worden – was die Kirchenleitung bestreitet – und befinde sich auf einem Grundstück, das nicht für ein religiöses Gebäude ausgewiesen sei. Christen im Sudan beklagen seit langem, dass die Behörden sich weigern, Grundstücke für Kirchengebäude auszuweisen, und dies als Vorwand nutzen, um diese abzureißen.

Die Drohung löste in den sozialen Medien Proteste von Christen im Sudan aus, wobei viele zum Gebet aufriefen. Der Sudanesischen Kirchenrat verurteilte den Schritt und forderte sofortige Maßnahmen der Regierung, um zu verhindern, dass Kirchen zum Ziel von Abrissmaßnahmen werden.

Das SPEC-Gebäude im Stadtteil Mayo Angola im Süden von Khartum wurde 1991 errichtet, nachdem das vorherige Gebäude der Gemeinde in einem anderen Stadtteil 1988 abgerissen worden war. Laut dem „Joshua Project“ sind 93 Prozent der Bevölkerung im Sudan Muslime, 4,3 Prozent bekennen sich zu traditionellen ethnischen Religionen, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Am 8. Juli 2025 rissen sudanesischen Behörden einen Kirchenkomplex in Nord-Khartum ab. Ohne vorherige Warnung trafen gegen Mittag Bulldozer und Lastwagen, begleitet von Polizei und Angehörigen der Streitkräfte, auf dem Gelände der Pfingstkirche im Stadtteil El-Haj Yousif im Bezirk East Nile ein und begannen mit dem Abriss des Kirchengebäudes, wie Quellen gegenüber lokalen Medien berichteten. Beamte nannten zunächst keinen Grund für den Abriss des Gebäudes, zu dem ein Gottesdienstraum und Verwaltungsbüros gehörten.

Die Kirche, die der Konfession „Sudan Pentecostal Church“ (SPC) angehörte, hatte das Gebäude laut „Christian Solidarity Worldwide“ (CSW) Anfang der 1990er Jahre errichtet. Christen forderten den sudanesischen Kirchenrat, ein ökumenisches Gremium, auf, diese Verletzung der Religionsfreiheit zur Kenntnis zu nehmen.

Berichten zufolge forderten die Behörden vor dem Abriss keine Eigentumsunterlagen für das Kirchengebäude an. Später teilten die Behörden den Kirchenvertretern mit, das Gebäude sei im Rahmen einer Aktion zur Beseitigung „nicht genehmigter“ Gebäude im gesamten Bundesstaat Khartum zerstört worden, so die christliche Hilfsorganisation Open Doors.

Der Sudan belegte auf der „World Watch List“ (WWL) 2026 von Open Doors Platz 4 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein – im Vorjahr lag er noch auf Platz 5. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste herausgefallen, als er erstmals Platz 13 belegte.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der „Countries of Particular Concern“ (CPC), die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder dulden, und stufte das Land auf eine Beobachtungsliste herab. Zuvor war der Sudan von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden. Im Dezember 2020 strich das Außenministerium den Sudan von seiner „Special Watch List“.

<https://morningstarnews.org/2026/06/officials-in-sudan-warn-church-building-will-be-demolished/>

# Sudan: Pfarrer Youhanna Al-Amin ermordet

## Er war für die Pfarrei in Kaduna in den Nuba-Bergen verantwortliche Pfarrer

Khartum (Fides) – Pfarrer Youhanna Al-Amin, der über dreißig Jahre lang die Pfarre in Kauda in den Nuba-Bergen im Sudan betreut, wurde getötet, weil er trotz der eskalierenden Gewalt bei den ihm anvertrauten Gläubigen geblieben war.

Laut Berichten von „Kirche in Not“, die die Nachricht zuerst veröffentlichten, wurde der Pfarrer am 19. Juni zusammen mit dem Hausmeister und einer weiteren Person ermordet. Lokalen Quellen zufolge, die von dem katholischen Hilfswerk zitiert werden, scheint der Dreifachmord ein Racheakt gegen Pfarrer Youhanna gewesen zu sein, der den Diebstahl von Medikamenten gemeldet hatte, die in der Pfarrei gelagert und für die Bevölkerung bestimmt waren.

Die Online-Zeitung „Sudan Now“ berichtet unter Berufung auf lokale Zeugenaussagen, dass das Verbrechen von Mitgliedern einer Fraktion „Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord“ (SPLM-N) begangen wurde. Die Zeitung liefert weitere Details zu den beiden anderen Opfern: dem Lagerverwalter der Pfarrei, dessen Vorname nur mit Yohanna genannt wird, und dem Hausmeister, der als John Lama identifiziert wurde.

Der Dreifachmord ereignete sich inmitten monatelanger Spannungen. Seit März kam es in mehreren Gebieten der Nuba-Berge zu internen Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen der SPLM-N verbunden. Dies führte zur Vertreibung hunderter Zivilisten und einer weiteren Verschlechterung der humanitären Lage für die lokale Bevölkerung.

Die Ursache der Gewalt sind seit Jahren andauernde Landstreitigkeiten sowie Streitigkeiten über Verwaltungsgrenzen in der Region Otoro.

Die Führung der SPLM-N wirft einem Teil der Bevölkerung vor, gegen die Autorität der Bewegung zu rebellieren, die die Region kontrolliert. Lokale Gemeindevertreter hingegen behaupten, die Bewegung versuche, ihr Land gewaltsam zu enteignen. Da Kauda das wichtigste Zentrum der Nuba-Berge ist, hat sich die Stadt zu einem Brennpunkt der Spannungen entwickelt.

Die SPLM-N wurde 2011 nach der Unabhängigkeit Südsudans gegründet. Viele Nuba-Kämpfer der Sudan People's Liberation Movement/Army blieben im Norden des Landes und kämpften weiterhin gegen die sudanesischen Regierung wegen der Marginalisierung nicht-arabischsprachiger Bevölkerungsgruppen, der Landrechte und des politischen Ausschlusses von Randgebieten.

2017 spaltete sich die Bewegung in zwei Hauptfraktionen: die SPLM-N unter der Führung von Abdelaziz al-Hilu, die vorwiegend in den Nuba-Bergen aktiv ist, und die SPLM-N unter der Führung von Malik Agar mit einer stärkeren Präsenz in der Region des Blue Nile.

(L.M.) (Fides, 22/06/2026)

# Ukraine: Längste Haftstrafe bisher für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen

AKREF-A/22.06.26 - Am 9. März verurteilte ein Gericht in der südlichen Region Mykolajiw den Wehrdienstverweigerer Volodymyr Klementiev, einen Zeugen Jehovas, zu sechs Jahren Haft. Die Berufung Klementievs wurde am 14. Mai vom Berufungsgericht Mykolajiw verworfen. „Das ist die bisher längste Haftstrafe gegen einen unserer Brüder seit Kriegsbeginn“, erklärten Vertreter der Zeugen Jehovas. Zuvor war die längste verhängte Haftstrafe gegen einen Gewissensverweigerer fünf Jahre. Klementiev wurde nach Artikel 407 des Strafgesetzbuchs verurteilt („Unerlaubte Abwesenheit von einer Militäreinheit oder einem Einsatzort“). Die Staatsanwälte erheben gegen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen immer mehr Anklagen nach diesem Artikel, wobei zu bemerken ist, dass die genannte Bestimmung sich ausschließlich gegen Militärangehörige richtet.

Klementiev war zuvor bereits von einem Gericht in der Region Cherson wegen der Nichtbeachtung eines Einberufungsbefehls verurteilt worden. Sein Anwalt Vadym Karpov bereitet gerade eine Berufung an den Obersten Gerichtshof vor. „Das Problem besteht darin, dass die beiden Anklagen, nach denen er verurteilt wurde, einander widersprechen“, erklärte Karpov gegenüber Forum 18. „Entweder ist er ein Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen oder er ist ein schlechter Soldat. Er kann nicht beides gleichzeitig sein.“

Unter den bisher nach Ablehnung ihrer aus Gewissensgründen eingebrachten Zivildienstanträge zu Haftstrafen Verurteilten befinden sich neben Zeugen Jehovas auch Baptisten Siebenten-Tags Adventisten, Orthodoxe und andere. In der westukrainischen Region Iwano-Frankiwsk steht der 43-jährige Hare Krischna Anhänger Taras Borteytschuk vor Gericht. Die Urteilsverkündung ist für den 23. Juni geplant.

Das Verteidigungsministerium der Ukraine besteht darauf, dass selbst der eingeschränkte Wehrrersatzdienst, wie er in Friedenszeiten gestattet ist, in Zeiten des Krieges nicht existiert.

Rekrutierungsoffiziere haben viele Männer im Alter von 25 bis 59 Jahren festgenommen, die sich aus Gewissensgründen geweigert hatten, Militärdienst zu leisten und sie zwangsweise zu Militäreinheiten verlegt.

Mindestens 48 zwischen 1967 und 2001 geborene Männer, die zwangsweise zu Militäreinheiten gebracht wurden, gehören Gemeinden des Rats der Baptistengemeinden an. Der 50-jährige Dmytro Bohdanovych Koval starb am 21. März in der Militärhaft. Seine der Familie übergebene Leiche wies Spuren brutaler Behandlung auf.

Ziviler Wehrrersatzdienst auch in Zeiten des Kriegsrechts ist eine der Verpflichtungen der Ukraine im Beitrittsprozess zur EU.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 19. Juni 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

# Ukraine: „Im Krieg haben es alle schwer und das Leben ist gefährlich“

(Licht im Osten) Ein Mitarbeiter berichtet: „Ich danke dem Herrn dafür, dass wir unseren Dienst in der Ukraine auch während des Krieges fortsetzen können. Das ist für uns ein Vorrecht ... Wie Sie wissen, wurde einer unserer Pastoren, B., vor drei Jahren zum Militär eingezogen. Zur gleichen Zeit verließ uns ein erfahrener und großartiger Pastor aus Donezk: M.. Er ist zwecks Familienzusammenführung nach Amerika gezogen. Ein Jahr später wurde ein weiterer Pastor eingezogen: Somit haben wir innerhalb kurzer Zeit drei Pastoren verloren und ich bin als einziger Pastor übriggeblieben. Darüber hinaus bin ich Leiter des Gesamtukrainischen Internationalen Religiösen Zentrums ‚Licht des Evangeliums‘ und habe sehr viele Dienste in anderen Gemeinden sowie für den Aufbau des Zentrums übernommen.“

> Bitte beten Sie um Weisheit, Leitung des Heiligen Geistes und Zurüstung mit aller nötigen Kraft für diese vielfältigen Dienste. „Ende 2025 haben wir Robert Guz in unserer Gemeinde zum Diakon ordiniert. Er ist ein würdiger Diener und trägt nun viel Verantwortung in unserer Gemeinde. Robert ist außerdem für die administrativen Aufgaben in unserer Gemeinde zuständig und daher ziemlich ausgelastet. Gott sei Dank kommt er mit allem zurecht und hat ein sehr gütiges und fürsorgliches Herz.“

> Bitte beten Sie auch für ihn, dass der Herr ihn mit allem Nötigen für seinen Dienst ausrüstet. „Im vergangenen Jahr ließ sich Tatjana taufen. Sie kam über die Gemeindebibelschule zu uns. Während sie sich auf die Taufe vorbereitete, offenbarte Gott ihr auf besondere Weise, dass er ihr die Verantwortung übertragen möchte, sich um Menschen zu kümmern und ihnen zu dienen. Heute ist Tatjana für zwei Gruppen neuer Besucher verantwortlich, die jeden Freitag zum Bibelstudium kommen. Tatjana lädt nicht nur Menschen ein, sondern sorgt auch für Disziplin. Diejenigen, die nicht die Bibel studieren wollen, sondern aus anderen Gründen kommen und dann die Treffen behindern, bittet sie zu gehen. Man hört auf sie und respektiert sie. Wir freuen uns, dass Tatjana in diesem Dienst ihre Berufung gefunden hat!“

> Bitte beten Sie für Tatjana, dass Gott sie zum Segen setzt für die Besucher der Bibelstudiengruppen. „In unserer Gemeinde gibt es einen Bruder, der sehr gebildet ist. Er fand zu Gott, bekehrte sich und ließ sich taufen – leider erst, nachdem er bereits viel unnützes Zeug gelesen hatte. Dadurch ergaben sich Zweifel an Gott, eine Ablehnung der Lehre der Bibel und der Geschichte des Christentums sowie eine sehr eigenwillige Sichtweise auf alle Kirchen und den Sinn des Dienstes. Dieser Mann heißt Viktor. Wir mussten ihn immer wieder davon abhalten, Gruppen zu leiten oder zu predigen. Denn er ließ sich leicht hinreißen und redete dann über alles Mögliche, nur nicht über Gott und die Bibel. Nach und nach demütigt Gott diesen grauhaarigen Mann. Nun hilft er Tatjana dabei, Bibelstudiengruppen durchzuführen und kann Fragen der neu hinzugekommenen Menschen beantworten.“

> Danken Sie mit uns, dass unser Herr am Herzen von Viktor arbeitet und er darin wächst, sein Denken dem Wort Gottes unterzuordnen und so zum Segen für andere zu werden. „Vor mehr als sechs Jahren begannen wir, uns um die Jugendlichen aus den Nachbarhäusern zu kümmern. Wir luden sie zu Sommerfreizeiten ein, gestalteten spezielle Programme für sie, kümmerten uns um sie und versorgten sie mit Essen. Inzwischen sind diese Kinder zu jungen Menschen herangewachsen. Einige sind zu Beginn oder während des Krieges zusammen mit ihren Eltern ins Ausland gezogen. Doch diejenigen, die geblieben sind, sind heute Mitarbeiter in unserer Gemeinde und übernehmen viele wichtige Aufgaben.“

> Danken Sie mit uns für die Jugendlichen, die zum Glauben an Christus gefunden haben und darin wachsen. „In den letzten Monaten erlebe ich gewisse Schwierigkeiten in der Beziehung zu den Jugendlichen. Wir haben bereits viele Treffen und Gespräche diesbezüglich geführt. Die jungen Menschen in der Gemeinde sind vom Krieg geprägt. Bei vielen von ihnen sind die Väter an der Front und sie können nicht nachvollziehen, dass es Menschen gibt, die keine Waffen in die Hand nehmen wollen. Das sorgt für Spannungen.“

> Bitte beten Sie dafür, dass die Jugendlichen untereinander im Geist Christi mit diesen unterschiedlichen Sichtweisen umgehen können und dass S. Weisheit für all diese Gespräche hat. „Ich muss viel Auto fahren, Gemeinden besuchen, humanitäre Hilfsgüter ausliefern und an Evangelisationen teilnehmen. Zudem muss ich immer wieder mit dem Auto ins Ausland fahren, da bei uns keine Flugzeuge fliegen.“

> Bitte beten Sie, dass Gott mir Kraft und Gesundheit schenkt. » „Im Krieg haben es alle schwer und das Leben ist gefährlich. Jeden Tag gibt es Beschuss und Explosionen. Wir danken Gott für jeden neuen Tag und ganz besonders für Momente der Stille! Die Stille ist ein wahrer Segen! Das sind die Momente, in denen die Vögel singen, ohne dass man Raketen- oder Drohnenexplosionen, heulende Sirenen, dröhnende Panzer und gepanzerte Transportfahrzeuge oder ratternde Flugabwehrkanonen und Maschinengewehre hört.“

> Danken Sie mit uns für alle Bewahrung und für all die stillen Momente, in denen die Geschwister aufatmen können.

> Und beten wir weiter für ein baldiges Ende dieses furchtbaren Krieges!

# Venezuela: Christliche Werke helfen nach den Erdbeben

## „Kirche in Not“: Auch viele kirchliche Einrichtungen beschädigt

Caracas (IDEA) – Die starken Erdbeben in Venezuela haben auch große Schäden an kirchlichen Gebäuden angerichtet. Das teilte das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ (München) in einer Presseerklärung mit. Die beiden Beben mit einer Stärke von 7,2 und 7,5 ereigneten sich am 24. Juni. Sie brachten viele private und öffentliche Gebäude zum Einsturz. Nach Angaben der venezolanischen Interimspräsidentin Delcy Rodríguez wurden bisher mindestens 164 Todesopfer und fast 1.000 Verletzte registriert. Viele kirchliche Einrichtungen hätten trotz erheblicher Schäden ihre Türen für Familien geöffnet, die nicht in ihre Häuser zurückkehren können, erklärte „Kirche in Not“. Nach Angaben des katholischen Erzbischofs der Hauptstadt Caracas, Raúl Biorc Castillo, sind die Kathedrale von Caracas sowie zahlreiche weitere Pfarreien betroffen. Aufgrund von Strom- und Internetausfällen sei das volle Ausmaß der Zerstörung noch nicht absehbar.

## Es droht eine Überlastung des Gesundheitssystems

Das christliche Kinderhilfswerk World Vision erklärte in einer Pressemitteilung, besondere Sorge bereite den Helfern vor Ort eine mögliche Überlastung des angeschlagenen Gesundheitssystems. World Vision setze den Schwerpunkt seiner Hilfe auf die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser, den Aufbau von Notunterkünften und die psychosoziale Hilfe für Kinder.

## Schnelle Hilfe mit dem Nötigsten

Das katholische Hilfswerk Malteser International kündigte eine Soforthilfe von 250.000 Euro an. Die wirtschaftliche Lage in dem südamerikanischen Land sei bereits seit vielen Jahren sehr angespannt, heißt es in einer Pressemitteilung. Jetzt gehe es darum, die Betroffenen schnell mit dem Nötigsten zu versorgen. Von den rund 31 Millionen Einwohnern Venezuelas sind 48 Prozent katholisch und 31 Prozent evangelisch; unter ihnen bilden Pfingstkirchler die größte Gruppe. 14 Prozent sind konfessionslos, sieben Prozent gehören sonstigen Religionsgemeinschaften an. Menschenrechtler kritisieren fortwährende Verstöße der Regierung gegen die Religionsfreiheit und andere Menschenrechte in dem Land. Das sozialistische Regime wird für die Verfolgung religiöser Führer, die systematische Unterdrückung der unabhängigen Zivilgesellschaft und die Vertreibung indigener Gruppen verantwortlich gemacht.

# Weltflüchtlingstag: Diakonie und Brot für die Welt fordern besseren Schutz

Kirchliche Hilfswerke warnen vor globalen Rückschritten beim Flüchtlingsschutz. Sie appellieren an die Bundesregierung, die Verantwortung nicht auf Länder des Globalen Südens abzuwälzen.

Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni und dem 75. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention haben Diakonie Deutschland, Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe ihre Sorge über den Zustand des weltweiten Flüchtlingsschutzes geäußert. In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 19. Juni 2026 warnen sie vor zunehmendem politischen und gesellschaftlichen Druck – sowohl international als auch in Deutschland.

Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch sieht in Europa und Deutschland Rückschritte – zum Beispiel die Verschärfungen im europäischen Asylsystem, Zurückweisungen an Binnengrenzen, Einschränkungen beim Familiennachzug sowie Kürzungen bei Integrationskursen und in der Asylverfahrensberatung. Die Diakonie werbe für einen Flüchtlingsschutz, „der auf Solidarität sowie Grund- und Menschenrechten basiert.“ Es müsse sichere Einreisewege, faire Verfahren und bessere Teilhabe geben. „Wir sind überzeugt: Flüchtlingsschutz, der auf Solidarität sowie Grund- und Menschenrechten basiert, stärkt uns als Gesellschaft insgesamt“, so Schuch.

Auch international sehen die Hilfswerke eine bedrohliche Entwicklung. Dagmar Pruin (Präsidentin Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe) berichtet von wachsendem Druck auf Partnerorganisationen in Flüchtlingscamps. Dazu breche die politische und gesellschaftliche Unterstützung für den Flüchtlingsschutz ein, ebenso wie dessen Finanzierung. Deutschland müsse sich klar zum globalen Flüchtlingsschutz bekennen und Verantwortung nicht weiter auf Staaten des Globalen Südens abwälzen.

*Diakonie und Brot für die Welt zählen zu den mehr als 270 Organisationen, die das Memorandum [„Es geht auch anders!“](#) für einen stärkeren globalen Flüchtlingsschutz unterzeichnet haben.*

# Weltweit: 388 Millionen Christen von Verfolgung und Diskriminierung betroffen

## Wiener Bundeskanzleramt: In mehreren Erdteilen verschärft sich die Lage

Wien (IDEA) – Weltweit waren Anfang 2026 rund 388 Millionen Christen von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Das geht aus einem Bericht über die Lage der Religionsfreiheit mit Fokus auf die weltweite Christenverfolgung hervor, den die „Stabstelle Internationaler Schutz verfolgter religiöser Minderheiten“ im österreichischen Bundeskanzleramt vorgelegt hat. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Ende Februar 2026 begonnenen [Krieg](#) zwischen dem Iran, Israel und den Vereinigten Staaten. Laut dem Leiter der Stabstelle, Daniel Soudek, geht es dabei nicht um einen isolierten Fall von Christenverfolgung; der Krieg wirke aber als „Katalysator bestehender Verfolgungs- und Gefährdungslagen“. So habe sich die Repression gegen religiöse Minderheiten im Iran weiter verschärft. Betroffen seien insbesondere christliche Konvertiten und Hauskirchen. Der Bericht verweist zudem darauf, dass im Dezember 2025 fünf Konvertiten zu Haftstrafen von insgesamt über 50 Jahren [verurteilt](#) worden waren. Ihnen wurde die Verbreitung ihres Glaubens über digitale Kommunikationskanäle sowie die Teilnahme an Hauskirchen zur Last gelegt. Eine der verhafteten Personen habe während der Haftzeit schwerste körperliche Verletzungen erlitten, darunter eine gebrochene Wirbelsäule. Allein im Jahr 2025 seien Haftstrafen von zusammen über 280 Jahren gegen Christen verhängt worden.

## Syrien: Christliche Bevölkerung auf 300.000 Gläubige geschrumpft

In Syrien wiederum ist dem Bericht zufolge zwar keine flächendeckende staatliche Verfolgung festzustellen, Gewalt, Diskriminierung und gezielte Übergriffe durch extremistische Gruppen seien dennoch keine Seltenheit. Vor Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 lebten noch rund 1,5 bis zwei Millionen Christen in Syrien, heute sind es nach Schätzungen nur noch etwa 300.000 bis 500.000. Zum Hintergrund: Im Dezember 2024 hatte ein von Islamisten angeführtes Rebellenbündnis den langjährigen Machthaber Baschar al-Assad [gestürzt](#) und die Macht in Damaskus übernommen. Seither herrscht der sunnitisch-islamistische Übergangspräsident Ahmed al-Scharaa (früher Abu Muhammad al-Golani). Kurz vor dem Palmsonntag (29. März) hat dem Bericht zufolge eine Gruppe islamistischer Fanatiker in der Kleinstadt Suqaylabiyah in der Provinz Hama ein Geschäft gestürmt, Eigentum von Christen zerstört und Frauen belästigt. Bereits im Oktober 2025 waren im Wadi al-Nasara (dem „Tal der Christen“ in der Provinz Homs) drei junge Christen von maskierten Tätern aus nächster Nähe [erschossen](#) worden. Zeugen hätten später angegeben, die Angreifer hätten Uniformen der staatlichen Sicherheitskräfte getragen. Ob es sich dabei um echte Uniformen oder um eine Tarnung handelte, sei bisher nicht geklärt.

## Myanmar: Über 200 Kirchen seit 2021 zerstört

In [Myanmar](#) habe sich die Lage für Christen seit dem Militärputsch im Februar 2021 drastisch verschlechtert. Seither seien im Bundesstaat Chin über 200 Kirchen durch Brandstiftung, Artilleriebeschuss oder Luftangriffe zerstört und mindestens 85 Geistliche getötet worden. Am 28. Dezember 2025 habe das Militär ein Dorf im Chin-Staat bombardiert, wobei eine Kirche schwer beschädigt und zahlreiche Wohnhäuser zerstört worden seien. In dieser Region leben überproportional viele Christen. Da ein erheblicher Teil von ihnen ethnischen Minderheiten angehöre, komme es in Myanmar zu einer „Überlagerung religiöser Verfolgung mit ethnischer Diskriminierung“.

## Indien: Wachsender Druck durch Hindu-Nationalisten

In Indien sei die Situation durch ein Spannungsverhältnis zwischen der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit und dem zunehmendem Einfluss der Hindu-Nationalisten geprägt. Im Januar 2026 seien im Bundesstaat Uttar Pradesh Sonntagsgottesdienste an mindestens fünf Orten gestört worden. Im Bundesstaat Chhattisgarh hätten Verbotsschilder Christen den Zugang zu Dörfern untersagt – eine Regelung, die ein Gericht genehmigt habe. In Andhra Pradesh wiederum seien rund 100 christliche Familien aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und boykottiert worden, weil sie Beiträge für einen Tempelbau verweigert hätten.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]